

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

	<i>Fachbereich/Referat</i> Fachbereich 50	<i>Nummer</i> 7998/10
zur Anfrage Nr. 1291/10 d. Frau/Herrn/Fraktion SPD - Fraktion vom 06.09.2010	Datum 14.09.2010	
	Genehmigung	
Überschrift Zukunft des Mehrgenerationenhauses	Dezernenten	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 21.09.2010 14:00	

Die Anfrage der SPD-Fraktion vom 6. September 2010 wird wie folgt beantwortet:

Mit der Schaffung des Quartierszentrums Hugo-Luther-Straße 60a für den südlichen Teil des Westlichen Ringgebiets im Rahmen der „Sozialen Stadt“ wurde das Mütterzentrum, das damit über neue und deutlich größere Räumlichkeiten verfügen konnte, zum mittragenden Teil der Stadtteilarbeit. Zeitgleich ist das Mütterzentrum in den neuen Räumlichkeiten Träger eines Mehrgenerationenhauses geworden.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus wurde zunächst mit Landesmitteln (ab 2004) und ab 2007 mit Bundesmitteln gefördert, während das Mütterzentrum bereits seit 1987 eine institutionelle Förderung durch die Stadt Braunschweig erhält. Zuletzt erfolgte eine Aufstockung der städtischen Mittel im Rahmen der Weiterführung von Projekten bei Auslaufen des Landesprogramms „Familien mit Zukunft“. Darüber hinaus erwirtschaftet das Mütterzentrum Eigenanteile und wirbt Spenden ein.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen wie folgt:

Frage 1:

Welche Bedeutung hat das Mehrgenerationenhaus für die Stadt Braunschweig und den Stadtteil aus sozialpolitischer Sicht?

Im Mehrgenerationenhaus finden Menschen, auch wenn sie in sozial oder finanziell schwierigen Verhältnissen leben ein niedrighschwelliges Angebot, das ihren Bedürfnissen nach Begegnung, Beratung, aber auch aktiver Mitarbeit entgegenkommt.

Bei mehreren Integrationsprojekten (Kulturvermittler, Gemeinsam stark erziehen, ab November 2010 „Sexualerziehung Interkulturell“) war und ist das MGH ein inhaltlich kompetenter und verlässlicher Partner. Bei den beiden letzten größeren Planungsvorhaben der Stadt, der Altenhilfeplanung und der Integrationsplanung, war das Mehrgenerationenhaus engagiert vertreten.

Durch die Beteiligung an der Qualifizierung von arbeitslosen Frauen in besonders schwierigen Lebenslagen hat das Mehrgenerationenhaus seiner Arbeit einen neuen Aspekt hinzugefügt.

Frage 2:

Welche Finanzierungsmöglichkeiten für das Mehrgenerationenhaus sieht die Stadt nach Ablauf der Bundesförderung am Ende dieses Jahres?

Von der Ankündigung der Landesregierung, die Mehrgenerationenhäuser nicht weiter zu fördern, ist das Mehrgenerationenhaus in Braunschweig nur mittelbar betroffen.

Derzeit fließen keine Landesmittel in das Braunschweiger Projekt. Die Bundesförderung wurde 2007 für 5 Jahre mit einer Höchstfördersumme von 200.000 EUR in Aussicht gestellt. Mit Bescheid vom 23. April 2007 wurden dem Mehrgenerationenhaus für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2008 80.000 EUR bewilligt und mit Bescheid vom 19. Dezember 2008 erfolgte eine Verlängerung des Förderzeitraumes bis zum 31. Dezember 2010 mit einer Gesamtsumme von 160.000 EUR. Das letzte Förderjahr (2011) musste eigens beantragt werden. Dieser Antrag wurde vom Mehrgenerationenhaus Braunschweig gestellt. Das Mehrgenerationenhaus geht davon aus, dass der Antrag positiv beschieden wird und damit die Höchstfördersumme von 200.000 EUR erreicht werde. Dafür spricht auch die Anerkennung als „Leuchtturmhaus“ ab 17. September 2010. Im Rahmen dieses Projekts ist das Mehrgenerationenhaus Braunschweig bundesweiter Ansprechpartner zum Thema „Steuerung eines Hauses“.

Die endgültige Entscheidung über den Verlängerungsantrag wird für Ende 2010 erwartet.

Sollte die Landesregierung entsprechend ihrer Ankündigung handeln, ist den niedersächsischen Mehrgenerationenhäusern allerdings der Weg verbaut, über Landesmittel eine wegfallende Bundesförderung ganz oder teilweise zu kompensieren.

Frage 3:

Welche Folgen hätte eine Schließung des Mehrgenerationenhauses für Braunschweig und den Stadtteil?

Bei einer Schließung würden die unter 1) aufgeführten positiven Aspekte nicht mehr zum Tragen kommen. Eine vollständige Schließung der „Einrichtung“ wird aus Sicht der Verwaltung mit Blick auf den Bereich Mütterzentrum nicht erwartet.

Ein Wegfall der Bundesförderung als Mehrgenerationenhaus würde zwangsläufig zu Einschnitten im Angebotsspektrum führen müssen. Welche Auswirkungen dies hätte ist davon abhängig, welches Angebot aufrechterhalten bleiben würde. Darüber sind der Verwaltung keine Überlegungen seitens des Mehrgenerationenhauses bekannt. Das Mehrgenerationenhaus geht davon aus, dass die Förderung 2011 erhalten bleibt und führt derzeit Gespräche, um gemeinsam mit anderen betroffenen Einrichtungen auf Bundes- oder Landesebene zu einer Weiterfinanzierung zu kommen.

I. V.

gez.

Markurth